

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig- Piesczek, Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend Reichensteuer - fairer Beitrag der Reichen zum Sozial- und Bildungsstaat

eingbracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abg. Strache an den Bundesminister für Finanzen betreffend die verfassungswidrige Verschiebung der Vorlage des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes 2011

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist trotz der angehenden Stabilisierung der Konjunktur seit dem 2. Halbjahr 2009 noch nicht überwunden. Das Erbe der Krise liegt in allen EU-Staaten einerseits in hohen Arbeitslosenquoten und andererseits in hohen Budgetdefiziten. Damit verknüpft ist eine zunehmende Ungleichheit der Wohlstandsverteilung. Es ist wahrscheinlich, dass uns die ökonomischen und sozialen Folgen der Krise während des gesamten Jahrzehnts begleiten werden. Nun starten die europaweiten Konsolidierungsmaßnahmen. Die österreichische Regierung versteckt ihre undifferenzierten Schröpfungspläne vor der Bevölkerung. Erst nach den Landtagswahlen in Wien und der Steiermark sollen die Kürzungen in allen Bereichen bekannt werden. Das kommt nach der eingestandenem Steuerlüge einer Budgetlüge gleich. Die Budgetwahrheit ist den Menschen nicht nur zumutbar, sie haben ein Recht darauf. Die ÖVP will offenkundig die Massensteuern erhöhen. Die SPÖ tritt diesem Vorhaben verbal und in Parteitageanträgen entgegen. Trotzdem ist die SPÖ Mittäter bei dieser verfassungsbrecherischen Budgetverschiebung.

Die SPÖ hat auf Ihrem Parteitag am 12. Juni 2010 einen „Leitantrag Verteilungsgerechtigkeit“ beschlossen, der im Wortlaut folgende sieben „Forderungen“ beinhaltet:

„• **Bankenabgabe**

Die Finanzinstitute haben in den vergangenen Jahren prächtig verdient, zudem ist die Steuerbelastung der heimischen Banken im internationalen Vergleich niedrig. Die öffentliche Hand hat in den letzten Monaten mit riesigen Summen den Finanzsektor stabilisiert und einen Finanzkollaps verhindert. Eine Banken-Solidarabgabe soll auf Basis der Bilanzsumme berechnet werden, ein Abwälzen der Kosten auf BankkundInnen ist durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden. Um dies zu garantieren, ist eine strenge Gebühren-Beobachtung notwendig. In Österreich könnte dieses Monitoring die Nationalbank in Abstimmung mit den KonsumentInnen-schützerInnen übernehmen. Als Ertrag einer Bankenabgabe sind mindestens 500 Mio. Euro zu erwarten.

• **Finanztransaktionssteuer oder auch: Börsenumsatzsteuer NEU in Österreich**

Durch eine Finanztransaktionssteuer würde neben dem fiskalischen Erfolg durch einen Lenkungseffekt der Anreiz für Spekulationen sinken. Bei EU-weiter Einführung könnte diese Steuer zwischen 0,68 % und 2,11 % des EU-BIP erzielen. Sollte sich keine internationale oder europäische Variante in absehbarer Zeit durchsetzen lassen, ist eine nationale Börsenumsatzsteuer aus Sicht der SPÖ eine Alternative.

- **Einschränkung der Stiftungsprivilegien und mehr Transparenz**

In Österreich wurden in den vergangenen Jahren mannigfach eigennützige Stiftungen errichtet. Es wird geschätzt, dass bereits rund 3.250 Privatstiftungen existieren mit einem geschätzten Vermögen von zumindest 60 Mrd. Euro und einem geschätzten Ertrag von 10 Prozent dieses Volumens. Jährlich beträgt die Steuerersparnis durch die derzeitige Zwischensteuer von 12,5 Prozent rund 750 Millionen Euro. Das österreichische Stiftungsvermögen besteht zu 60 Prozent aus Unternehmensbeteiligungen und zu 25 Prozent aus Immobilienvermögen. Um Transparenz bei Stiftungen zu stärken, sollen die Veröffentlichungsverpflichtungen von Stiftungen jenen von Unternehmen angeglichen werden. Stiftungen, die Gemeinnützigkeit beantragen, haben besondere Publikationsverpflichtungen. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, ist es notwendig, dass Stiftungen einen höheren Beitrag als bisher zur Finanzierung der öffentlichen Hand beitragen können.

- **Vermögensbezogene Steuern**

Um Arbeitsplätze zu schaffen und um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein, muss es zu einer Verlagerung vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital kommen. Echte Leistung muss etwas zählen. Der Faktor Arbeit muss entlastet werden, vermögensbezogene Steuern müssen sich am europäischen Niveau orientieren. Staatlich geförderte Finanzprodukte (Zukunftsvorsorge, Bausparen) dürfen von einer Vermögenszuwachssteuer nicht betroffen sein. Die SPÖ wird an praktikablen Modellen einer Vermögenssteuer arbeiten, die durch Freibeträge sicherstellen, dass nicht die Vermögen der kleinen und mittleren EinkommensbezieherInnen betroffen sind. Gewinne durch Vermögensspekulationen werden nur während einer Frist besteuert, nach Ablauf dieser ist das Einkommen aus Spekulationsgeschäften steuerfrei. Das ist im Vergleich zu einfachen SparsbuchbesitzerInnen ungerecht und ist daher zu ändern. Die Spekulationsfrist ist abzuschaffen, damit sind Gewinne aus Spekulation immer einkommenssteuerpflichtig.

- **ManagerInnengehälter**

Die SPÖ tritt für eine faire, nachvollziehbare und transparente Entlohnung der ManagerInnen ein. Wer Verantwortung übernimmt, soll auch angemessen bezahlt werden. Es braucht aber Kriterien, die über eine zusätzliche Honorierung kurzfristiger Gewinnmaximierung hinausgehen.

- **Mehrjährige Bemessungsgrundlage für Boni:** ManagerInnengehälter sollen zukünftig an den nachhaltigen Unternehmenserfolg gebunden werden.
- **Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von ManagerInnengehältern als Betriebsausgaben.** Jener Teil des Jahresbruttoentgelts (Gehalt plus Boni), der den Wert von 500.000 Euro übersteigt, soll nicht mehr bei der Berechnung der Steuerbasis für Unternehmen geltend gemacht werden dürfen.
- **Neuregelung der Verantwortung des Aufsichtsrats:** Die Möglichkeiten des Aufsichtsrats, ManagerInnengehälter bei Verschlechterung der Lage des Unternehmens nachträglich zu reduzieren, sollen erweitert werden. Gleichzeitig soll die Haftung des Aufsichtsrats bei unangemessenen Bezügen verschärft werden.
- **Die freiwillige Veröffentlichung der ManagerInneneinkommen basierend auf dem Corporate Governance Code** soll durch eine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung der fixen und erfolgsabhängigen ManagerInnengehälter für jedes Vorstandmitglied ersetzt werden. Dies erhöht zudem die Einkommenstransparenz, was auch aus frauenpolitischer Perspektive zu begrüßen ist.

- **Reform der Gruppenbesteuerung**

Die SPÖ fordert eine Reform der Gruppenbesteuerung in Österreich. Trotz satter Gesamtgewinne werden Verluste von Auslandstöchtern in Unternehmungen steuermindernd geltend gemacht.

- **Kampf der Steuerhinterziehung**

Verstärkte Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und eine Offensive zur Einbringung aushaftender Steuerschulden sowie verschärfte Kontrollen bei der Mehrwertsteuerrückerstattung an ausländische Unternehmungen sind vom Finanzminister umzusetzen. Steuerlücken schließen und Steuerhinterziehung bekämpfen.“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der einen fairen Beitrag der Reichen zum Sozial- und Bildungsstaat gewährleistet und die oben zitierten Forderungen des am 12. Juni 2010 am SPÖ-Parteitag beschlossenen Leitantrages betreffend Verteilungsgerechtigkeit umsetzt.“

The image shows several handwritten signatures and initials in black ink. On the left, there are three distinct signatures. In the center, there is a large, stylized signature. To the right, there are initials 'Zil' and a signature that appears to read 'Andrius-Senselid'. The signatures are written in a cursive, somewhat informal style.